

**Der Senator für Inneres  
Geschäftsstelle der Deputation für Inneres**

TOP 2 staatlich

**NIEDERSCHRIFT  
der staatlichen Deputation für Inneres  
am Donnerstag, den 03. November 2016  
- 19. Sitzung der 19. LP -**

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	<b>Beschluss:</b> Die Staatliche Deputation für Inneres stimmt der Tagesordnung zu.
TOP 2	Genehmigung von Protokollen	<b>Beschluss:</b> Folgendes Protokoll wurde genehmigt. 2.1 Niederschrift staatlich vom 03.11.2016
TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Inneres und der Bremischen Bürgerschaft	<b>Beschluss:</b> Die Auflistung wird zur Kenntnis genommen.
TOP 4	Vorausschauende Polizeiarbeit ermöglichen dazu Einbruchsradar - Bericht der Polizei Bremen dazu Antrag der Fraktion der CDU Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen Menschen im Land vor Einbrecherbanden schützen dazu Antrag der Fraktion der FDP Sicherheitsgefühl stärken - Aufklärung von Einbrüchen verbessern	<b>Bericht:</b> Der Senator für Inneres berichtet, dass Grundvoraussetzung für den Einsatz einer Predictive Policing Software immer die Verknüpfung von Fallzahlen und Geo-Daten ist. Die Polizei Bremen entwickelt daher die Verarbeitung von Geo-Daten zur Lageauswertung weiter. Eine Entscheidung über die Anschaffung der Analysesoftware setzt die Schaffung der o.a. IT-Voraussetzungen und die Bereitstellung entsprechender personeller Ressourcen auch für nachfolgende präventive und operative Maßnahmen voraus.  Derzeit liegen keine Erkenntnisse über die Wirksamkeit von Predictive Policing vor. Ebenso sind keine Konzepte bekannt, die Aufschluss über eine erfolgreiche Verknüpfung der Analyseinstrumente mit operativen Maßnahmen geben. Alle Berichte hierzu stammen von den Herstellerfirmen selbst. In einigen Bundesländern werden verschiedene Systeme getestet. Es liegen erste Erfahrungen vor. Teilweise gibt es Rückgänge in den Testgebieten. Derzeit verfolgt die Polizei Bremen die laufenden Projekte in den Ländern und wartet die dort erlangten Ergebnisse sowie das Ergebnis der eingesetzten Arbeitsgruppe der AG Kripo ab, um zu gegebenen Zeit eine Entscheidung über den Einsatz eines entsprechenden Analyseinstrumentes zu entscheiden.  Der Wohnungseinbruchsdiebstahl und die damit einhergehende Verunsicherung der Bevölkerung ist seit Jahren bei den Polizeien in Bremen und Bremerhaven ein Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit. Mit dem Ziel, die Fallzahlen bei Wohnungseinbrüchen zu verringern und die Aufklärungsquote zu erhöhen, setzen die Polizeien in Bremen und Bremerhaven ein umfassendes Maßnahmenbündel um. Spezifische zielgruppenorientierte Präventionsmaßnahmen unterstützen die taktisch operativen Ermittlungsansätze. Darüber hinaus hat die Polizei Bremen ein sogenanntes „Einbruchsradar“ entwickelt. So soll die Betroffenheit der Bevölkerung erhöhen und u. a. Zeugenhinweise gewonnen werden. Im Rahmen der „Reform 2600“ der Polizei Bremen ist zudem die Einrichtung eines Einbruchskommissariates in der neuen Organisation vorgesehen.  <b>Beschluss:</b> Die Deputation für Inneres empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft Landtag mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltungen der FDP den Antrag „Sicherheitsgefühl stärken - Aufklärung von Einbrüchen verbessern! (Drs. 19/432 BB-L)“ abzulehnen.  Die Deputation für Inneres empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft Landtag mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition bei Enthaltungen des Deputierten Wesemann den Antrag „Vorausschauende Polizeiarbeit“ ermöglichen – Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen – Menschen im Land vor Einbrecherbanden schützen (Drs. 19/18 BB-L)“ abzulehnen.

**Der Senator für Inneres**  
**Geschäftsstelle der Deputation für Inneres**

TOP 5	Evaluation des Korruptionsregistergesetzes, Entwurf eines Änderungsgesetzes zum Korruptionsregistergesetz	<b>Beschluss:</b> Der Bericht entsprechend der schriftlichen Vorlage wird zur Kenntnis genommen und dem Beschlussvorschlag bei Enthaltung der CDU gefolgt. (Anmerkung: Das Gesetz ist zwischenzeitlich in 1. u. 2. Lesung beraten worden und wurde verkündet.)
TOP 6	<u>Wiederaufruf TOP 09 vom 20.10.2016</u> Änderung der Geschäftsverteilung des Senats - Bereich Interne Ermittlungen	<b>Bericht:</b> Staatsrat Ehmke erläutert Nachfragen zur schriftlichen Vorlage. Insbesondere, zum Vorhaben dem Senator für Justiz die Fachaufsicht über die Dienststelle zu übertragen (§ 73 a Absatz 3 E-BremPolG) . Weitere Aspekte wie die näheren Umständen, unter denen die Dienststelle bei der Staatsanwaltschaft Bremen angegliedert werden kann, müssen im Gesetzgebungsverfahren noch weiter erörtert werden. Dem Deputierten Zenner, wird die Beantwortung seiner Ergänzungsfragen soweit sie im Geschäftsbereich SI beantwortet werden können,  <b>Beschluss:</b> Es erfolgt der Beschluss des Gesetzesentwurfs gegen die Stimmen der CDU und des Deputierten Timke (BiW) bei Enthaltung der FDP.
TOP 7	Bericht zur Teilevaluation des Handlungskonzeptes "Stopp der Jugendgewalt"	<b>Bericht:</b> Nachfragen zum schriftlichen Bericht werden erörtert. SI verweist auf die in zehn Punkten erfassten Schlussfolgerungen, diese werden von den Koalitionsfraktionen besonders aufgegriffen. Der erneute Aufruf zur Verfolgung der weiteren Umsetzung wird angekündigt.  <b>Beschluss:</b> Der Bericht entsprechend der schriftlichen Vorlage wird zur Kenntnis genommen.
TOP 8	Aktuelle Statistiken	Die Berichte wurden verteilt.
TOP 9	Verschiedenes	<b>Berichte:</b> 9.1 Staatsrat Ehmke informiert über den Sachstand und weiteren Verlauf der Polizeireform. Derzeit kann jedoch keine Angabe über die künftige Ausgestaltung der Polizei in den Stadtteilen vorgenommen werden, denn erste Ergebnisse, auf deren Grundlage eine Beratung stattfinden kann, werden ierst Ende November erwartet. Im Zuge der sich anschließenden Befassung werden auch die Beiräte zunächst in der Beirätekonferenz am 15.12.2016 informiert. Die in der medialen Berichterstattung dargestellte Planung zum Revier oder der Personal- und Aufgabenstruktur in den Revieren hat daher keine Grundlage.  9.2 Bei einem Brandanschlag auf zur Wartung und Ertüchtigung auf einem Firmengelände abgestellte Bundeswehrfahrzeuge, entstand hoher Sachschaden. Die polizeilichen Ermittlungen dauern an.
TOP 10	<u>NICHT ÖFFENTLICH</u> <u>Wiederaufruf TOP 12 vom 20.10.16</u> Polizeiliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Syrien-Rückkehrern	<b>Beschluss:</b> Ausgesetzt. Neuaufruf am 29.11.2016.